

Antrag der Fraktion der CDU**Keine rechtsfreien Räume – konsequent gegen Rockerkriminalität vorgehen**

Nach polizeilichen Erkenntnissen sind in Bremen ansässige Rockergruppen insbesondere im Rotlichtmilieu aktiv. In diesem Zusammenhang treten sie vermehrt im Bereich des Menschenhandels in Erscheinung. In den Focus der Polizei sind Mitglieder der Rockergruppen zudem durch Aktivitäten im Betäubungsmittelhandel sowie durch Verstöße gegen das Waffengesetz geraten (vergleiche Drucksache 17/1364).

Während sich kriminelle Aktivitäten im Verborgenen abspielen, reklamieren insbesondere die Hells Angels auch den öffentlichen Straßenraum für sich, um Präsenz und Stärke zu demonstrieren. Zu massiven Rechtsverstößen und einer erheblichen Belästigung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ist es zuletzt am 4. August 2010 gekommen. Um einen Motorradkonvoi zu bilden, brachten Mitglieder der Gruppe den Verkehr auf der Autobahn 27 zum Erliegen und sperrten eine Autobahn-auffahrt.

In seiner Mitteilung vom 22. Juni 2010 hatte der Senat zwar ein Einsatzkonzept auf Grundlage einer Null-Toleranz-Strategie angekündigt; im Vorfeld der oben genannten Ereignisse gab es aber erneut kooperative Absprachen zwischen der Polizei Bremen und den Hells Angels. Bei vielen Bürgern ist der Eindruck entstanden, im Land Bremen gäbe es für Rockergruppen einen rechtsfreien Raum.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Grundlage einer Null-Toleranz-Strategie gegen alle Rechtsverstöße aus dem Rockermilieu vorzugehen und dabei sämtliche Möglichkeiten des Straf-, Ordnungs- und Straßenverkehrsrechts konsequent zu nutzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, von kooperativen Absprachen mit den Hells Angels weitestgehend Abstand zu nehmen und durch konsequentes Handeln klarzustellen, dass es im Land Bremen für Rockergruppen keine Vorrechte oder rechtsfreien Räume gibt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hinsichtlich der Rockerclubs die Möglichkeit von Vereinsverböten zu prüfen und das dafür notwendige Tatsachenmaterial kontinuierlich zu sammeln.

Wilhelm Hinnert, Heiko Strohmänn,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU